

# Enorme Belastung für Wallerstädten

Kreistag: Straßensperrung zwischen Trebur und Geinsheim ab Januar ist Thema

Die Metropolregion Rhein-Main sei genug mit Lärm belastet. Man denke nur an den Fluglärm. „Da sollte man uns wenigstens die Vierzigtonner vor der Haustür ersparen“, sagte Manfred Hohl (SPD) in der Kreistagssitzung am Montag. Hohl, der für seine Rede den Kreistagsvorsitz an Hans Nau (CDU) abgegeben hatte, sprach über die bevorstehende Vollsperrung der Landesstraße 3012 zwischen Trebur und Geinsheim. Grund dafür ist die Erneuerung der Brücken über den Schwarzbach und über den Landgraben. Den Beginn der Sperrung hat das Amt für Straßen- und Verkehrswesen (ASV) in Darmstadt, wie Landrat Thomas Will (SPD) erklärte, für 10. Januar angekündigt.

Hohl betonte die enorme Belastung für Wallerstädten: Durch den Groß-Gerauer Stadtteil wird die notwendige Verkehrsumleitung über die L 3094 führen. Mit der Folge, so Hohl, dass sich – wie berichtet – prognostizierte 16 000 Fahrzeuge pro Tag durch die enge Ortsdurchfahrt Wallerstädtens wälzen (mehr als doppelt so viele wie bislang). Der Schwerlastverkehr auf dieser Strecke macht nach Kreisangaben sechs bis sieben Prozent des Fahrzeugaufkommens aus.

Für Hohl besteht kein Zweifel, dass die Brückensanierung dringend notwendig sei. Der Sozialdemokrat kritisierte das ASV aber für dessen Informationspolitik, die in dieser Sache „nicht zufriedenstellend“ gewesen sei. Hohl lobte den Landrat für seinen Einsatz in den vergangenen Monaten, der dazu beigetragen habe, die vom ASV zunächst geplante neunmonatige Vollsperrung wesentlich zu verkürzen: In einem vom Kreisausschuss vorgelegten Sachstandsbericht heißt es, dass die Brückensanierung zwar neun Monate, die Vollsperrung der Landesstraße aber lediglich fünf Monate dauern soll – nämlich bis Mitte Juni 2012. „Die abschließenden Arbeiten“, so der Kreis, „können auch mit einer halbseitigen Sperrung mit Lichtsignalanlage realisiert werden“.

Hohl zitierte den Sprecher der Bürgerinitiative (BI) „Lebenswertes Wallerstädten“, Bernd Engroff, der bei einer Infoveranstaltung Anfang Oktober seine Überzeugung äußerte, dass erst die Gründung der BI die Politik mobilisiert habe. Dies seien „drastische Worte“, sagte Hohl. Doch es sei behördliches Handeln gewesen, das zum Wallerstädter Dilemma geführt habe. Wie so oft würden die Schuldigen in der Politik vermutet. Ganz außen vor lassen mochte Hohl die politisch Verantwortlichen allerdings nicht: Er nahm die Mandatsträger in die Pflicht, nicht immer nur die eigene Kommune im Blick zu haben, sondern bei regional bedeutsamen Angelegenheiten zu einem abgestimmten Handeln zu kommen.

Laut Sachstandsbericht wurde dem Kreis erst am 8. September in einem Erörterungstermin vom ASV mitgeteilt, dass die L3012 für mindestens neun Monate gesperrt werden solle. Eine Alternative zu einer Vollsperrung sieht der ASV nicht, geht aus dem Bericht hervor: Denn aus wirtschaftlichen, wasser- und

naturschutzrechtlichen Gründen könne der Verkehr nicht über Behelfsbrücken abgewickelt werden. Und ein Teilabriss sei aus statischen Gründen nicht möglich. Eine Vollsperrung „stellt unbestritten die für den Baulastträger in finanzieller Hinsicht und vom Bauablauf her günstigste Variante dar“, erklärt denn auch der Kreis: „Es entstehen dadurch allerdings volkswirtschaftliche Schäden und Nachteile für die Verkehrsteilnehmer, Gewerbetreibenden und vor allem für die Anwohner der Ortsdurchfahrt Wallerstädten.“

Darauf habe der Kreis, wie Landrat Will in der Kreistagssitzung erklärte, bei einem Abstimmungstermin am 21. Oktober aufmerksam gemacht. Laut Sachstandsbericht wurden bei diesem Gespräch zwischen dem ASV, der Stadt Groß-Gerau, der Polizei und Kreisvertretern Lösungen für die Umleitungsstrecke besprochen, die die Belastung der Betroffenen in der Bauphase minimieren sollen. Dazu zählen verkehrslenkende Maßnahmen, etwa um die Leistungsfähigkeit der Kreuzung L3012 / L3094 (an der Aral-Tankstelle) zu erhöhen, und eine vorübergehende Begrenzung auf Tempo 30 in der Wallerstädter Ortsdurchfahrt.